

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch den Träger 1.40 Pf. für die Woche, 6.- Pf. für den Monat. Durch die Post: 0.10 Pf. für den Monat. Verlagsdruckerei: Die Spitzschneiderei, Berlin 1, Nikolaiplatz 48/50. Anzeigenpreise: Die Spitzschneiderei, Berlin 1, Nikolaiplatz 48/50. Kellern: Die Kellerei, Berlin 1, Nikolaiplatz 48/50.

Streiks in Deutschland.

Die Streiklage in Berlin.

Die Elektrizitätsarbeiter.

B. L. B. meldet: Bei den Verhandlungen mit den Elektrizitätsarbeitern vor dem Tarifvereinigungsamt wurden den Arbeitern nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht. Die Differenzen waren deshalb entstanden, weil man den Elektrizitätsarbeitern zwar eine Stundenzulage von 50 Pf. für die Tagesarbeit bewilligen, ihnen aber den Zuschlag von 60 Pf. für die Nachtzeit abziehen wollte. Inzwischen hat die Stadt nachgegeben und die Zulagen für die Tages- und für die Nachtzeit bewilligt. Der Verband der Heizer und Maschinisten berief deshalb eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensmänner ein, in der diese Zugeständnisse bekanntgegeben und die Wiederaufnahme der Arbeit vorgeschlagen werden soll.

Gasarbeiter.

Die Arbeiter der städtischen Gasanstalt in Tegel sind in den Streik getreten.

Metallarbeiter.

Am Sonnabend fand eine Versammlung der Vorarbeiter statt, in der über die Vorschläge der Firma abgestimmt wurde. Sie gelangten einstimmig zur Ablehnung. Der Streik geht infolgedessen weiter.

Portiers.

Bei den Abstimmungen in Groß-Berlin ergab sich eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung des Schiedsspruches im Portierstreik. Daraufhin teilte der Transportarbeiterverband dem Reichsarbeitsministerium mit, daß sich die Organisationsleitung gezwungen sehe, den Streik auszurufen. Der Zeitpunkt dafür ist noch nicht festgesetzt.

Streik in Süddeutschland.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft sind in den Ausstand getreten, weil die Direktion ihre Gehalts- und Lohnforderungen abgelehnt hat. Sämtlichezüge, mit Ausnahme der Nahzüge, sind ausgefallen.

Der oberschlesische Elektrizitätsstreik.

Der Streik im Chorzower Elektrizitätswerk ist vorläufig beendet. Die Versammlung der Betriebsräte faßte gemeinsam mit den streikenden Elektrizitätsarbeitern folgendes Abkommen:

Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Falls jedoch die Forderungen der Streikenden, die von den Gewerkschaften unterstützt werden, bis Donnerstag nicht erfüllt werden, soll der Generalstreik proklamiert werden.

Arbeitslosendemonstration in Berlin.

Meldung: Ein Trupp von etwa 600 Arbeitslosen demonstrierte am 8. November am Marktplatz und zog dann nach der Reichsdruckerei. Hier konnten noch rechtzeitig die Eingangstore geschlossen werden. Es wurde aber nicht verhindert, daß die Demonstranten durch den Eingang in der Kommandantenstraße in das Innere der Reichsdruckerei eindringen und die Arbeiter zum sofortigen Streik aufforderten.

Demokratie.

Zusammenkünfte bei der Dresdener Revolutionsfeier. Die revolutionären Arbeiter Dresdens bekundeten ihren Willen, Rußland durch den Sieg der Revolution auch in Deutschland zu unterstützen in zwei machtvollen Demonstrationen, die insofern verließen. Beide Lokale waren von Polizei umstellt. Die ersten Genossen, die das „Künstlerhaus“ hingend verließen, meist jugendliche Burshen und Mädels, wurden von der Polizei sofort in roher Weise mit Gummiknüppeln empfangen, obwohl in beiden Versammlungen beschlossen worden war, keine Demonstrationen zu veranstalten und die Teilnehmer im Begriffe standen, sich zu zerstreuen, auch der Beschäftigte verständigt wurde, daß keine Demonstration geplant sei. Die abgehenden Genossen wurden von der Polizei verfolgt. Zahlreiche Genossen

wurden verhaftet. Ueber diese unglaubliche Provokation herrscht in Dresden, insbesondere unter den Jugendlichen, die größte Erbitterung.

Gorthy-Bayern.

Die Bayerische Landesbauernkammer nahm in ihrer Vollversammlung folgende Entschliessung an:

Die Landesbauernkammer fordert im Namen der bayerischen Bauernschaft die Erhaltung der bayerischen Einwohnerwehr. Diese ist keine militärische Organisation (!!), vielmehr eine Selbstschutzorganisation gegen Umsturz und Gewalttätigkeit, Raub und Plünderung. Die Notwendigkeit eines Selbstschutzes hat vornehmlich die Bauernschaft in Bayern aus eigener Erfahrung kennen gelernt. Die Beseitigung der Einwohnerwehr kann von der Entente nach Ansicht der Landesbauernkammer auf Grund des Friedensvertrages von Versailles nicht gefordert werden. Die Einwohnerwehren auf dem flachen Lande sind unerlässliche Voraussetzungen für einen ungefährdeten Fortgang der landwirtschaftlichen Arbeiten, die ohnehin durch Diebstähle und Sachbeschädigungen in erheblichem Maße geschädigt werde. Die häuerliche Bevölkerung, die den Hauptteil des bayerischen Volkes ausmacht, will nie mehr dem Terror aufrührerischer Elemente ausgeliefert werden. Gerade die Erfahrungen der letzten Wochen sprechen eine deutliche Sprache. Es sei auf die Tatsache verwiesen, daß aus den verschiedensten Teilen des Landes zahlreiche Fälle von Brandstiftungen, Raub und Mord gemeldet wurden. Präsident Dr. Heim fügte dem noch hinzu: Wenn man aber von Sicherungen der Produktion spricht, dann müsse man bedenken, daß hierzu in erster Linie Ordnung notwendig ist und die Stütze der Ordnung ist die Einwohnerwehr.

II.

In Passau wurde der U. S. P. eine Volksversammlung verboten, in der am 7. November über „bayerische Justiz“ gesp. ochen werden sollte.

Die Agrarier.

Ludwigshafen. Nach der „P. P.“ wurden in Edigheim bei einer Verteigerung von 1,75 ha gleich 7/8 Morgen Land die reinsten Marktpreise erzielt. Es wurden im ganzen 87000 Mark, das sind 11000 Mark für den Morgen erzielt. Die Steigerer sind Landwirte.

Italien.

Meldung: In Oberitalien werden täglich neue Unruhen erwartet. In Bologna und Verona wurde der Generalstreik proklamiert. Der Zugverkehr ist eingestellt. In Verona sind das Stadthaus, der Bahnhof und alle übrigen staatlichen Gebäude militärisch besetzt. Der Präsekt hat über die Stadt das Kriegsrecht verhängt. Mehrere hundert radikale versuchten das Stadthaus zu stürmen. Dabei kam es zu Feuergefechten zwischen den Kommunisten und den Polizisten. In Neapel ist die Lage sehr zugespitzt. Die dort befindlichen Truppen liegen in dauernder Alarmbereitschaft.

Für die Stimmung der italienischen Sozialisten unter sich ist die Tatsache bezeichnend, daß die Mailänder Sektion die gemäßigten Führer Turati und Treves von der maximalistischen Kandidatenliste für die Stadtratswahlen ausgeschlossen hat. Die Liste setzt sich somit aus 59 Extremisten und 5 Zentralisten zusammen.

Die revolutionäre Bewegung in Finnland.

„Rosa Wien“. Die Estnische Zeitung „Sozialdemokrat“ schreibt: Die revolutionäre Bewegung in Finnland nimmt bedrohliche Formen an. In allen Städten finden Streiks rein politischen Charakters statt. Die Bourgeoisie befürchtet eine Wiederholung der Ereignisse von 1918 und wendet alle nur möglichen Mittel an, um die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Alle Gefängnisse sind überfüllt, wobei nicht nur die Arbeiterführer, sondern auch alle nur einigermaßen klugen bewußten Arbeiter арrestiert werden.

Harding als Wirtschaftspolitiker.*

Äußerungen während der Wahlzeit sind keine eidesstattlichen Versicherungen. Es soll jedem etwas gebracht werden, dessen Stimme zählt. Richtungslinien und Zielpunkte aber heben sich meist doch deutlich genug ab, um danach auf die zukünftige Haltung eines Kandidaten schließen zu können. Das gilt auch für ein Gespräch, das der Spezialkorrespondent der „Federated Press“, Walter Lippett, mit dem damaligen Senator Harding führte und zwar über die Frage der staatlichen Verwaltung der Eisenbahnen und anderer öffentlicher Einrichtungen.

Bekanntlich gab es während der Kriegszeit in Amerika auch eine Art „Zwangswirtschaft“, unter die besonders die Eisenbahnen fielen. Die sogenannte Esch-Cummins Bill beantragte dann die Rückgabe der Eisenbahnen an die Gesellschaften und gleichzeitig die staatliche Festsetzung einer Mindestdividende zu Lasten der Allgemeinheit.

Die Arbeiterschaft kämpfte natürlich gegen dieses Gesetz, das die expropriierten Expropriateure wieder in ihre früheren Rechte einsetzte. Sie kämpfte unter Benützung des in Amerika üblichen Mittels der persönlichen Einwirkung auf Abgeordnete. Darin, daß sie hierauf mehr Mühe verwendete als die Eisenbahngesellschaften, die ihrer Sache sehr sicher sein konnten, sieht Herr Harding, wie er in öffentlicher Rede verkündete, den Sieg „über die Herrschaft des Kapitals“. Für die Esch-Cummins Bill aber tritt er ein, denn seine Unfähigkeit in der Geschäftsführung habe der Staat während des Krieges gezeit, stille Sabotage von Seiten der Geschäftsleiter und Direktoren sei ganz ausgeschlossen. Nein, die „ausdörrende Hand“ der staatlichen Verwaltung lege die Schuld, dem Mangel an „Privatinitiative“ sei das klägliche Ergebnis zuzuschreiben.

Der liberale „Manchestermann“ enthüllt sich demnach. Begeistert stimmt er das Hohelied auf den privaten Unternehmungsgeist an, dessen Weise und Wert so wohlbekannt sind.

Herr Harding erklärt sich als unwandelbarer Gegner jedes Versuchs, irgend etwas von Staatswegen zu unternehmen, was sich mehr für die Privatindustrie eigne. Denn nur der Gewinnantrieb ist die Wurzel alles Fortschritts und daher die größere Initiative des Privatunternehmers. Für die während der Kriegszeit verursachten Schäden habe der Staat aufzukommen, und das eben sei der Sinn des Antrags von Esch-Cummins. Von einer Ueberkapitalisation der Eisenbahnen könne keine Rede sein, ebensowenig von einem spekulativen Hinausstreifen der Eisenbahnwerte, die im Gegenteil eine Kapitalanlage ruhiger Rentner seien.

Etwas vorsichtiger drückt sich Hr. Harding über die Landwirtschaft aus. Er muß dabei eben mit der „Non partisan League of farmers“, dem neutralen Bauernbund Amerikas rechnen, der über eine halbe Million Stimmen verfügt und die Verstaatlichung landwirtschaftlicher Institutionen in sein Programm aufgenommen, zum Teil auch, besonders in Nord-Dakota, bereits durchgeführt hat.

Es ist nicht uninteressant, daß — wie in einem längeren Artikel in der „New-Republic“ ausgeführt ist — Amerika mit einem Ueberschußland von Agrarerzeugnissen zu einem Bedarfsland sich zu entwickeln droht, eine Tatsache, die selbst in Amerika wenig bekannt ist.

In einer Wahlrede war der Senator für die Hebung der Landwirtschaft eingetreten, hatte Erwerbsvereinfachungen durch die Farmpädter befürwortet, ohne über Allgemeinheiten hinauszugehen.

Auch in der Landwirtschaft herrscht das private Kapital und paralyisiert müheless alle Beleihungsakte durch Hinausstreifen der Bodenwerte. Daher der Wunsch nach Verstaatlichung der Hypotheken- und Kreditbanken, die einen außerordentlich hohen Zinsfuß verlangen, Mäslern, Getreideexportoren, Transportmitteln usw.

Herr Harding fürchtet, wie er öffentlich erklärte, die Lähmung der Landwirtschaft durch sozialistische Praktiken, er wünscht die Rückkehr zum freien Individualismus auch in der Landwirtschaft.

Um es mit der „Non partisan League“ nicht zu verderben, erklärt er in der Zusammenkunft mit dem Spezialkorrespondenten, daß er sich natürlich nicht gegen Mehr-

* Ein Artikel zur Unterstützung des neugewählten Präsidenten von Amerika, dem Vertreter der Farm-Interessen.

liehenden, aber durch den Krieg und seine Folgen arg ins Wackeln geratenen Wirtschaftsordnung zum Ziele hat. Er hat recht: und eben deshalb müssen wir den Kampf um die Lösung der Gewerkschaften aus der Arbeitsgemeinschaft führen, um ihre Revolutionierung, die sie endlich zu wirksamen Werkzeugen im proletarischen Emanzipationskampfe schmiedet!

Litische deutsche Gefangenenbehandlung.

Aus dem Interniertenlager Preussisch-Holland geht dem „Kämpfer“ (Chemnitz) ein Notschrei der gefangenen Russen zu. Dort befinden sich ungefähr 250 Rotarmisten und 5 Rote Offiziere. Die deutsche Lagerverwaltung behandelt die Genossen in schändlichster Weise. Der Direktor des Lagers hat zwei Rotarmisten blutig geschlagen, weil sie, ohne sonst ein unhöfliches Wort gesagt zu haben, während des Gesprächs mit dem Allgewaltigen die Hände in den Taschen behielten. Sie wurden zudem noch drei Tage lang in Haft gesperrt. Ein weiterer Roter Soldat wurde von zwei deutschen Wachtmeistern blutig geschlagen, weil er, obwohl das nicht verboten ist, in der Nähe der Wachtmeisterstube spazieren ging. Ferner berichten die Genossen, daß vor einigen Tagen 10 Rotarmisten eingeliefert wurden, die aus polnischer Gefangenschaft geflüchtet waren. Diese erzählten, daß sich dort die russischen Gefangenen in einer schrecklichen Lage befinden. Alle Kommunisten und Juden, deren man habhaft wird, werden erschlagen. Die Gefangenen werden verprügelt und überhaupt barbarisch verfolgt. Die gelieferte Kost ist ekelhaft schlecht, die Sterblichkeit steigt sehr hoch. Durch diese Druckmittel versucht man, die Rotarmisten zum Dienst in der konterrevolutionären Armee zu pressen.

Statistik der Bergarbeiterlöhne.

Wir entnehmen der amtlichen Nachweisung für die Hauptbergbaubezirke Preussens folgende Zusammenstellung über die Bergarbeiterlöhne im 1. und 2. Vierteljahr:

a) Steinkohlen: Tabelle mit Spalten für Arbeiterzahl, Schichten pro Arbeiter, Löhne in Mark (I. und II. Vierteljahr) für Steinkohlen, Braunkohlen, Salz und Salzschmelze.

Die Löhne verstehen sich nach Abzug aller Arbeitskosten, sowie Versicherungsbeiträge. Auf einen Arbeiter entfiel für das 2. Quartal 1920 ein Durchschnittslohn in Oberschlesien von 2794 Mk. (1853 Mk. im 1. Quartal), in Niederschlesien von 2931 Mk. (2086 Mk.), in Dortmund von 3098 Mk. (2436 Mk.), im Oberbergamtsbezirk Halle 2515 Mk. (1720 Mk.) und im linksrheinischen Braunkohlenbergbau 3640 Mk. (2406 Mk.). Die Schichtdauer einschließlich der Pausen betrug in Oberschlesien 7,5 bis 8 Stunden, und zwar 17,2 Prozent bis 7,5 Stunden; 82,2 Prozent bis 8 Stunden, Niederschlesien 7 bis 8 Stunden (55,4 Prozent bis 7 Stunden, 44,8 Prozent bis 8 Stunden), Dortmund 6 bis 8 Stunden (2,7 Prozent bis 6 Stunden; 92,7 Prozent bis 7 Stunden; 4,6 Prozent bis 8 Stunden).

Kapitalistische Wirtschaft.

Der englisch-russische Handelsverkehr. „Times“ berichtet nach einem bolschewistischen Blatt, die englische Regierung habe durch Vermittlung der russischen Handelsdelegation einen Kontrakt über Lieferung von einer Million Grubenhölzer unterzeichnet. Die englische Regierung werde dafür Kohlen liefern.

Das fremde Kapital strömt in die deutsche Wirtschaft.

Die A.G. für chemische Produktion, vorm. Scheidemandel, hat mit einer internationalen Gruppe unter Führung der American Glue Company in Boston eine Interessengemeinschaft geschlossen. Die Scheidemandel-Gesellschaft stellt der amerikanischen Gruppe 3 Mill. M. neue Aktien zu einem sehr hohen Kurse (775 Proz.) zur Verfügung, während sie den alten Aktionären 7 Mill. M. Aktien zu einem Kurse von nur 120 Proz. anbietet. Außer der finanziellen Transaktion besteht die Interessengemeinschaft darin, daß gegenseitig die Arbeitsmethoden und Erfahrungen ausgetauscht werden — wobei sicherlich die Amerikaner das bessere Geschäft machen, denn es werden ihnen die Erfahrungen der hochentwickeltesten chemischen Industrie der Welt ausgeliefert — daß Sie- und Verkauf in bestimmten Gebieten gemeinsam geregelt wird und beide Gruppen sich im gleichen Verhältnis an der Errichtung einer Fabrik „im fernem Osten“ beteiligen. Eine ähnliche Manipulation liegt bei der Pöbntzgesellschaft vor. Von dem 600 Mill. M. betragenden Aktienkapital sind 40 Mill. M. in holländischen Besitz übergeführt worden und zwar durch Vermittlung des Wolff-Konzerns. Der Mitinhaber der Händlersfirma Otto Wolff, Herr Othmar Strauß, hatte lange Zeit als Vorkränger das einflussreiche preussische Staatsamt inne. Seinen politischen Einfluß hat er laut „Berl. Tagebl.“ dazu benutzt, um durch „korruptive Beziehungen“, sowie durch riesige Eisenexporte nach dem Auslande für den Wolff-Konzern die Riesensummen zu „verdienen“, die der Konzern für seine Transaktion benötigte. Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Meldung, daß ein großer Posten Aktien der Sarotti-Gesellschaft in fremden Besitz übergegangen sei. Im Zusammenhang hiermit erhält die „Industrie- und Handels-Zeitung“ aus Schweden die Meldung, daß die Firma Gebr. Konold, Gothenburg, eine bedeutende Anzahl von Aktien der Sarotti-Gesellschaft erworben hat. So wird Deutschland immer mehr zur Kolonie des Auslandes.

Aus der Dividendenmühle.

Die Selsenfirmer Generalversammlung und Eisenwerke weisen im Berichtsjahr mehr als eine Verdreifachung ihres Betriebsergebnisses auf. Dieserstieg von 1,34 Mill. M. im Vorjahr auf 14,67 Mill. M. Als Reingewinn verbleiben 6 Mill. M., während in dem Vorjahre noch zu Rücklagen gegriffen werden mußte zur Deckung von Abschreibungen. Wenn die Firma dennoch nur ein Dividende von 10% zur Ausschüttung bringt, so ist dies hauptsächlich auf die in dem Berichtsjahre vorgenommene Kapitalverwässerung zurückzuführen, durch die das Aktienkapital von 4,5 Millionen auf 25 Mill. M. erhöht worden ist. Absehen davon dürften in den mit 16,7 Mill. gegen 900 000 M. im Vorjahre zu Buche stehenden Vorräten große Reserven versteckt liegen. Die Steinkohlen-Bergwerks-A.-G. Laura et Vereinigung, in der auch der Schweizer Bergwerksverein beteiligt ist, beschloß in der zu Brüssel abgehaltenen Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 40 Proz. Die Westfälischen Kupfer- und Messingwerke A.-G., vorm. Casp. Noell haben ihren Reingewinn verdreifacht und verteilen 18 Proz. Dividende (i. B. 12 Proz.) auf das um zwei Millionen erhöhte Aktienkapital. Ferner verteilen Dividende: Metallwarenfabrik vorm. G. Wifner, 25 Proz. und 15 Proz. Bonus, Gebrüder Jelsch A.-G. in Katernberg, 25 (8) Proz., Falkensteiner Gardinen-Wk. 30 Proz., Friedrichshütte-Aktien 25 Proz., Preßspannfabrik Unterfassen-Aktien 30 Proz., Sächs. Waggonfabrik-Aktien 25 Proz., Aktien-Zuckerfabrik Bennigsen 25 Proz. Dividende gegen 12,5 Proz. des Vorjahres.

Handelsabkommen mit Ungarn, Oesterreich und Tschechien.

Mit Ungarn, Oesterreich und der Tschechoslowakei hat Deutschland Handelsverträge abgeschlossen, die dem Reichsrat und dem Reichstag demnächst als Gesetzentwürfe zugehen. Alle drei Abkommen bauen sich auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung auf. Ferner ist die Gewährung der freien Durchfuhr gesichert. In dem Abkommen mit der Tschechoslowakei und Oesterreich kommt auch der Regelung der Grenzbeziehungen große Bedeutung zu. Der gemeinsame Eisenbahndverkehr ist geregelt worden. Besondere Abkommen sind mit der Tschechoslowakei über den gegenseitigen Bezug von Kohle und mit der Tschechoslowakei und mit Oesterreich über die Regelung gewisser finanzieller Fragen geschlossen worden; ferner mit der tschechoslowakischen Regierung ein besonderes Abkommen über die Anwendung des Artikels 297 des Friedensvertrages von Versailles, der das Liquidationsrecht der alliierten und assoziierten Mächte regelt und ein damit im Zusammenhang stehender Staatsangehörigkeitsvertrag.

Soziales.

„Christliche“ Gesellschaft.

Wir lesen in der „Leipziger Volksztg.“: Nicht nur die Orgeß provokiert! Es gibt noch viel gemeinere Provokationen, die man jeden Tag erleben kann, wenn man die Augen aufmacht. In der Petersstraße steht ein grünseidener Damenstrumpf, und an dem Strumpf ist eine kleine goldene Uhr. Das Neueste! Und das Gemeine ist die übersättigte Perversität. Die Uhr am Strumpf! Der schwammige Schieber braucht künstliche Reizmittel zur Hebung seiner Sympotenz. Flug erfindet die verfeuchte Luxusindustrie Uhren am Strumpf. Das hilft! Sie legt das Bein auf den Tisch: „Wie spät ist es?“ „Zwei Uhr nachts, mein Schatz!“ Die Welt ist am Ende! Es gibt nur noch zweierlei Menschen: Ausganger und Ausgefanger. Beide sterben aus, werden rar. Der Proletie fällt um vor grünseidenen Strümpfen mit goldenen Uhren daran, weil er nichts zu essen hat. Das ist die gemeinste Provokation! Und der andere, der Aufgeschwemmte, plagt vor Dilettantigkeit und perverter Hilflosigkeit. BRUNS APH.

Frau Dr. phil. Helene Stöder schreibt der „W. a. M.“: Soeben wird mir zu dem Thema der Unehelichkeit, der jetzigen Bewertung und Behandlung Außerehelicher in Deutschland — dem freiesten Staate der Welt — folgendes unerhörte Vorkommnis mitgeteilt: Ein gut erzogenes gebildetes Mädchen, das ihre Niederkunft aus besonderen Gründen vor der Ehe erwartete, versuchte in Hanau, wo sie zur Zeit wohnte, Unterkunft für die Entbindung zu erhalten. Sie wurde im katholischen Krankenhaus „Binzenz“ nach persönlicher Erkundigung nach Aufnahmebedingungen für die 1. Klasse zur Entbindung in 4—6 Wochen damit abgefertigt, daß man sie wohl aufnehmen könnte, wenn sie verheiratet wäre. Für ledige Mütter aber sei nach dem Gebot des leitenden Oberarztes es unerlaubt und unmöglich. Diese Auskunft erteilte eine Krankenschwester, nachdem sie sich mit der Frau Oberin besonders über die Angelegenheit besprochen hatte. Auf den Einwurf der künftigen Mutter, daß sie ihr Kindchen nicht auf der Straße erwarten könnte, wurde keinerlei Rücksicht genommen. Derselbe warhaftig „christliche“ Gesinnung zeigte sich bei den evangelischen Schwestern im Diakonissenhaus. Dort konnte die Hilfesuchende die Oberin persönlich sprechen. Diese gab ihr den „guten Rat“, doch nach Magdeburg zu fahren, dort wisse sie eine Entbindungsanstalt, in der eine Nichtverheiratete aufgenommen würde, und dort würde man sie vielleicht aufnehmen. Auf die Frage aber, was geworden wäre, wenn ihr auf der Fahrt nach Hanau etwas passiert wäre, ob sie auch dann berücksichtigt wäre, sie als Unver-

heiratete nicht aufzunehmen, erhielt sie die Antwort, das wäre dann ein Unglücksfall gewesen und man müßte sie in solchem Fall notgedrungen aufnehmen. In beiden Fällen blieb es aber dabei, daß nur für Verheiratete Platz sei und die Ledigen laut Bestimmung der Ärzte abgewiesen werden müßten.

Uns scheint es doch an der Zeit, ein solches Verhalten an den Pranger zu stellen, das in der Tat schwer mit dem christlichen Gebot zu vereinbaren ist, daß nur der selbst „Sündenlose“ das Recht habe, „den ersten Stein zu werfen“. Soll man um solche Selbstverständlichkeiten, daß eine werdende Mutter und ihr Kind in jedem Falle Aufnahme in bestehende, für Wöchnerinnen bestimmte Anstalten findet, wirklich noch auch in der deutschen Republik kämpfen müssen? Sollte das in Bildung begriffene Wohlfahrtsministerium nicht schleunigst verfügen können, daß derartige rückwärtige Bestimmungen sofort aufgehoben werden?

Aus der Partei.

Vorschlag für Organisations-Richtlinien.

- 1. Die auf dem Boden der 3. Internationale stehenden U. S. P. D. und K. P. D. sind einig darin, die völlige Verschmelzung sobald als möglich durchzuführen, um damit eine einheitliche, aktionsfähige deutsche Sektion der kommunistischen Internationale zu schaffen.
- 2. Die endgültige Vereinigung hat auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus auf einem gemeinsamen Parteitage zu erfolgen. Die Vertretungen regeln sich nach den Stärkeverhältnissen der Mitgliedschaften. Als vorläufiger Termin für den Parteitag wird Anfang Dezember in Aussicht genommen.
- 3. Um die Vereinigung vorzubereiten und in allen politischen Fragen und Aktionen ein einheitliches Handeln herbeizuführen, bilden die beiden Zentralkomitees der U. S. P. D. und K. P. D. eine gemeinsame provisorische Zentrale. In den Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen sind sofort von den Vorständen beider Parteien Verbindungsorgane zu schaffen, die gemeinsam beraten, um zu allen politischen Fragen und Aktionen Stellung zu nehmen und auf diese Weise im Einvernehmen mit den Zentralen ein völlig einheitliches Vorgehen herbeizuführen.
- 4. Die provisorische Zentrale verpflichtet sich, in der nächsten Zeit in allen Bezirken gemeinsame Sitzungen der beiderseitigen Bezirksleitungen unter Teilnahme je eines Vertreters der beiden bisherigen Zentralen abzuhalten.
- 5. Beide Parteien verpflichten sich, gegenseitig ihre Presseorgane zu unterstützen. Bestehen an einem Ort und zu demselben Zweck doppelte Organe, so ist auf deren Verschmelzung hinzuwirken.
- 6. In Ausführung dieser Richtlinien wird sogleich ein gemeinsames Propagandabüro für Presse, für schriftliche und mündliche Propaganda geschaffen. Die Herausgabe sämtlicher Literatur kann nur mit Zustimmung der provisorischen Zentrale erfolgen.
- 7. Alle Fraktionen in Parlamenten, Landtagen, Provinzen, Kreisen, Gemeinden sowie in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften usw. unterstehen der Kontrolle der Reichs-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvorstände der Parteien. Die provisorische Zentrale hat Einspruchsrecht gegen diese Körperschaften.
- 8. Die Fraktionsmitglieder beider Parteien haben einen Revers zu unterschreiben, der die Zentralen in die Lage versetzt, die Abgeordneten jederzeit zurückzuberufen.

Zum Rechtsstreit der U. S. P.

berichtet das Nachrichtenbüro „Dena“, daß die Partei Däumig endgültig unterlegen sei und, gestützt auf die Unsichtbarkeit ihrer Rechtslage (!) ihren Antrag auf Zurechnung des Parteibüros und der Partei-Einrichtungen zurückgezogen habe. — Die ganze Angelegenheit befindet sich noch in der Schwebe, endgültige Entscheidungen sind noch nicht getroffen worden.

Provinz.

Ein Dokument.

Görlitz. In Nr. 262 des „Neuen Görlitzer Anzeiger“ ist folgende „republikanische“ Todesanzeige zu lesen:

Heute morgen verschied plötzlich und unerwartet Herr Justizobersekretär **Rechnungsrat Uharek**. Mit ihm ist ein Mann aus unserer Mitte geschieden, der alle jene Eigenschaften in sich vereinigte, die einst den deutschen und preussischen Beamten auszeichneten: Lauterkeit und Rechtlichkeit, Fleiß und unbedingte Zuverlässigkeit, Bescheidenheit und Genügsamkeit. Sein Arbeiten im Dienste seines Königs und des Vaterlandes war nachahmenswert. Sein Andenken wird deshalb hochgehalten werden. Görlitz, den 5. November 1920. Die Mitglieder des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft, die Rechtsanwälte und die Beamten des Land- und Amtsgerichts sowie der Staatsanwaltschaft.

Ja, ja, Spaß muß bei der Bege sein!

Fest der Jahresfeier der russischen Revolution.

Görlitz. Im großen Saale des Konzerthauses sprach Genosse Orschwig-Breslau über die russische Revolution. Vorträge revolutionärer Arbeiter umrahmten die Feier. Die Stimmung der Versammlung war prächtig.

